

Wossifche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ulstein. Fernsprech-Zentrale Ulstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665. Fernverkehr: Dönhofs 3686-3698. Telegramme: Ulsteinhaus; Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 66. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer den Handzetteln) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zelle 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwärter 12 Pf.] - Nr 39

DIENSTAG, 24. JANUAR 1933

MORGEN-AUSGABE

Auflösung ohne Neuwahl?

Gerüchte über „Staatsnotstand“-Pläne der Reichsregierung

Am den gestrigen Vortrag, den der Reichsminister von Schlegel dem Reichspräsidenten über die innenpolitische Lage gehalten hat, werden so weitgehende Vermutungen getrieben, die so notwendig ist, um Ihnen Kenntnis zu geben. Es wird behauptet, Gegenstand des Vortrags sei die Frage gewesen, ob mit einem Scheitern der neuaufgestellten Verhandlungen über die Bildung einer parlamentarischen Regierungskoalition und nach der dann unvermeidlichen Auflösung des Reichstags die Neuwahlen innerhalb von der Verfassung vorgeschriebener Frist von 60 Tagen durchgeführt oder erst zu einem späteren, noch offengelassenen Termin stattfinden sollen.

Bei der Vertraulichkeit, in der solche Vorträge stattfinden, ist eine zuverlässige Kenntnis des Inhalts nicht ohne weiteres vorzuzusetzen.

Aber unrichtige Persönlichkeiten glauben, aus mündlichen Äußerungen schließen zu dürfen, daß der Gehalt, einen Staatsnotstand zu konstatieren und darauf die Möglichkeit einer Verlesung von Neuwahlen abzuleiten, in der Weimarer Epoche schon seit geraumer Zeit erprobt und erörtert wird.

Die bestreitetste Sorge um die deutsche Zukunft, die dadurch angefaßt worden ist, besteht darin, daß die Verfassung nicht nur in solchen Fällen, sondern gleichgültig, ob sie der Regierung von einzelnen Parteien nur suggeriert werden, oder ob der Kanzler sie sich bereits zu eigen gemacht hat...

Unzweifelhaft ist festzustellen, daß die Verhandlungen über eine parlamentarische Regierungskoalition bisher mit einer Sicherheit auf Gelingen geführt worden sind. Es haben getrennt Verhandlungen zwischen Parlamentarier, der Nationalsozialisten und des Zentrums stattgefunden, die auch heute noch fortgesetzt werden sollen. Aber die Schritte, die Dr. Brüning, nachdem er in Berlin eine Verlesung mit dem S. N. und S. S. - Führern abgehalten hätte, getrieben haben nach Weimarer Vorgängen ist, nicht gering, wie wenig man sich offenbar auf beiden Seiten der Weimarer Verlesung vertritt, die Schritte zwischen den Weimarer Führern Adolf Hitler und dem parlamentarischen System zu finden.

Es ist hier schon gesagt worden, daß der Reichstag am Freitag nur noch die Tagesordnung für die Plenarversammlung am 31. Januar festzulegen habe, daß der Kanzler in acht Tagen die Programmierung abgeben, daß sich daran eine politische Ausgabe schließen soll, die vielleicht mit einer Abstimmung über die Weimarer Anträge, über die aber mit der Auflösung des Reichstags enden wird.

Die Regierung ist nicht verpflichtet, unmittelbar nach einer Auflösung des Reichstags die Neuwahlen bekanntzugeben, oder zwei Monate nach der Auflösung noch nach der Verlesung der neue Reichstag gewählt werden.

Daß die Weimarer Nationalen immer wieder dazu gezwungen haben, den Reichstag einfach nicht wiederwählen zu lassen, ist fast jenseits bekannt. Der Begriff des „Staatsnotstandes“ ist von ihnen erfinden worden. Bugenbeg selbst hat es als seine Forderung bezeichnet, eine neue Regierung zu bilden (in der er selbst eine führende Stellung haben sollte) und ihr zunächst ein Jahr Ruhe zu schaffen - Ruhe vor dem Parlament und der Kontrolle der Öffentlichkeit. Die Verlesung kennt aber einen Begriff des Staatsnotstandes nicht.

Gegen Neuwahlen ist bisher eigentlich nur das eine Argument geltend gemacht worden, daß sie wirtschaftlich lösend wirken. Auch dieses Argument ist nicht allein gültig.

Wenn nach so häufigen Wahlen immer wirtschaftlich nicht so abträglich wirken, wie verfassungswidrige Auseinandersetzungen von Neuwahlen, weil dadurch der Reichstag in den nächsten Leben verloren ginge.

Es ist immer wieder zu beachten, daß die Propaganda der Idee eines Staatsnotstandes von den Weimarer Nationalen ausgeht, und daß sie von den Nationalsozialisten bisher nicht bekämpft worden ist. Das läßt darauf schließen, daß auch den

Nationalsozialisten der Plan einer verfassungswidrigen Auslegung von Neuwahlen in das politische Spiel paßt. Es wird erstens um die Wählerentscheidung herumkommen, die sie in den nächsten Monaten nicht wünschen, und sie werden zweitens die Reichsregierung und auch den Reichspräsidenten auf diese Weise vom legalen Boden der Verfassung abbringen in die Illegalität. Reichspräsident und Regierung würden in einen irreparablen Konflikt mit den verfassungstreuen Kräften der Bevölkerung geraten. Sie würden für die Verfassungsgegner das willkommenes Vorbild schaffen, wie man durch eine willkürliche gebotene Konstitution eines Staatsnotstandes eine Verfassung außer Kraft setzen kann, nicht nur den Artikel, der von der Neuwahl des Reichstages handelt, sondern jeden beliebigen anderen Artikel der Reichsverfassung aus.

Die Fälle, die hier der Regierung gestellt wird, ist so plump, als daß man annehmen könnte, der Reichspräsident würde in sie hineinstappen und das Spiel stillen spielen. Denn von Schlegel ist zu klug, um nicht zu begreifen, daß er in dem gleichen Augenblick das ganze deutsche Volk von Hitler bis Weimarer, wenn auch aus verschiedener Einstellung, gegen sich hätte. Zu den nicht überwindlichen Schwierigkeiten im Inneren würden sich die von außen her gesellen.

Roosevelts Verhandlungsbedingungen

Weltwirtschaftskonferenz erst im Juli?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 23. JANUAR

Der Satz der amerikanischen Einladung zu Kriegsfußballerhandlungen ist heute in Downingstreet eingetroffen und veröffentlicht worden.

Mr. Stimson hat Sir Ronald Lindsay am 20. Januar darüber informiert, daß Mr. Roosevelt sich freuen würde, Delegierte der englischen Regierung Anfang März in Washington zu empfangen, um mit ihnen über die englischen Schulden an Amerika zu diskutieren. Mr. Roosevelt würde diese Einladung dahin verstanden wissen, daß mit der Schuldenausfrage eine Diskussion von Weltwirtschaftsfragen dann in Form gehen soll, bzw. eine Verhandlung über Weltwirtschaftsfragen, die Bedingung für eine Kriegsfußballerhandlung ist. Daher sei es wahrscheinlich, daß zu gleich englische Delegierte entsandt würden, mit denen über die Wege zur Befreiung der Weltwirtschaft verhandelt werden kann.

Die englische Regierung hat ferner von ihrem Botschafter in Washington, Sir Ronald Lindsay, eine genaue Mitteilung der mit dem Staatssekretär Stimson geführten Verhandlungen empfangen. Staatssekretär Stimson hat in einem Aide-Memoire eine genaue Darstellung dessen gegeben, was die amerikanische Regierung als Basisforderung für die kommenden Verhandlungen ansieht. Die erste Forderung ist die formale Anerkennung, die erste einer Reihe von drei Forderungen während dieser Woche, daß sich ausschließlich mit der amerikanischen Einladung befaßt.

Wiel Interesse hat in London die Erklärung Roosevelts, die er dem Washingtoner Korrespondenten der „New York Herald Tribune“ gegeben hat, gefunden. Es heißt darin, daß Roosevelt beabsichtigt, die nächsten Schritte den englischen und den amerikanischen Verhandlungen zu überlassen, daß er aber für sich selbst die volle Verantwortung für das Gelingen der Diskussion sowie für das Scheitern, mit dem er dann vor dem Kongress erscheinen werde, übernehmen will. Unverändert ist die öffentliche Öffentlichkeit in dem offiziellen Einladungstext, daß Präsident Roosevelts Vorhaben von zwei Delegiertengruppen, die, wie man annimmt, zunächst unabhängig voneinander verhandeln sollen, besteht. Jedenfalls verheißt man die Ausfallungen Roosevelts dahin, daß die Weltwirtschaftskonferenz erst nach dem Abschluß der englisch-amerikanischen Kriegsfußballerhandlungen, d. h. also frühestens etwa im Juli, stattfinden soll.

NEW YORK, 23. JANUAR

Der italienische und der belgische Botschafter haben heute Stimson einen Besuch abgelehnt, um Schritte in der Schuld-

Es darf nicht übersehen werden, daß das große Vertrauen, das überall im Ausland zum Reichspräsidenten besteht, gerade darauf beruht, daß er in den schwierigen Lagen es immer verstanden hat, sich trotz Drängens einzelner Bevölkerungsgruppen im Rahmen der Verfassung zu halten.

Die Vorstellung, daß der künftige Reichsbot den verlassen, die Verfassung durchgehört werden soll, lediglich darum, weil eine Industrie durch die weitestgehenden Verlesung sind, Neuwahlen könnten einen Aufstieg der Weimarer beinträchtigen, ist so grotesk, daß über die Relation zwischen Urlande und vorübergehender Wirkung kann ein Wort zu verlieren ist. So viel politische Weimarerzeit darf man seinem verantwortlichen Staatsmann zutrauen.

Nach weniger darf man aber dem Reichspräsidenten einen solchen schweren Verstoß gegen die Verfassung zumuten.

In den Weimarer Jahren sind Deutschland viele politische und moralische Werte verloren gegangen, gelassen ist uns aber als Fundament des Staats der Reichsbot den der Verfassung, geteilt von Reichspräsidenten. Ginge uns auch der verloren, denn gäbe es nichts mehr, woran wir uns noch in Deutschland zu halten vermöchten. Als zum Beweise des Gegenteils müssen wir schon bei den bekannten Aufstellungen des Reichspräsidenten annehmen, daß es sich bei den Weimarer Jahren um Staatsnotstand und Verlesung der Reichsbot den im Falle handelt, die an die Regierung herangezogen werden sind, aber nicht um Weimarer, mit denen sich die verantwortlichen Reichspräsidenten ernsthaft befaßen. Möglich wäre es, wenn die Regierung das auch öffentlich erklären würde.

revelien einquelen. Die Ausgabe bedeutete eine authentische Interpretation des Communiqués über die Hoover-Roosevelt-Verlesung, das formal ausschließlich an Englands' Woezel gerichtet war.

Ver spätete Verfassungsreform

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 23. JANUAR

Die langjährigen Verlesungen, durch eine Verfassungsänderung den Mißstand zu beheben, daß der Präsident der Vereinigten Staaten noch längere Zeit seine Befugnisse ausüben kann, wenn der Kandidat bereits gewählt ist, haben jetzt zu einem Erfolg geführt. Durch die heute vom Staatssekretär erfolgte Ratifizierung der Verfassungsänderung ist die Dreiviertelmehrheit, die zu ihrem Inkrafttreten nötig ist, erreicht. Von nun an wird der jeweils im November gewählte Kongress bereits im Januar zusammengetreten, ebenso wird der neue Präsident sein Amt künftig schon im Januar und nicht wie bisher erst im März übernehmen.

Steuerlisten an der Pfalzsaule

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 23. JANUAR

Die parlamentarische Lage hat sich heute wieder verschärft. Innerhalb der radikalen Gruppe herrscht eine große Mindermeinung gegen die harte Haltung des Finanzministers Chéron. Da Chéron nicht zu den Einheitspartei gehört, so haben namentlich die jüngeren Abgeordneten der Regierungsbündnis seine Haltung, die für die Bläse Chéron den Dorn ihrer Wähler auszuheben. Die politischen Vorlesungen, die von ihrer Seite gemacht werden, sind allerdings nie vor recht dürrig.

Die Finanzkommission der Kammer hat heute beschlossen, daß künftig in allen Gemeinden die Steuerlisten der Einkommensteuer öffentlich angehängt werden sollen. Man hofft, damit die Steuerflucht etwas zu bekämpfen. Auch sollen die Banken dazu verpflichtet werden, den Steuerbehörden die Namen ihrer sämtlichen Kontoinhaber mitzuteilen.